

## Praxis der Aufsichtsbehörden

# Zeitrente mit Rückgewähr

Die Direktaufsichtsbehörden haben in Abstimmung mit der Oberaufsichtskommission und der Schweizerischen Steuerkonferenz zu verschiedenen Fragen der Zeitrente eine Praxis entwickelt. Eine Standortbestimmung.

## IN KÜRZE

Renten der beruflichen Vorsorge müssen ein biometrisches Risiko abdecken. Eine zeitlich begrenzt ausbezahlte Altersrente ohne Langleberisiko ist nicht zulässig.

In Zusammenhang mit der Reglementsprüfung werden Aufsichtsbehörden gelegentlich mit der Frage konfrontiert, ob eine Altersrente der beruflichen Vorsorge zeitlich begrenzt ausbezahlt werden kann beziehungsweise unter welchen Voraussetzungen die gestaffelte Auszahlung einer Altersleistung zulässig ist.<sup>1</sup>

### Modell der Zeitrente

Unter einer Zeitrente wird im Folgenden die Ausrichtung der Altersleistung als Rente verstanden, deren Auszahlungsdauer ab Pensionierungszeitpunkt nicht lebenslanglich, sondern zeitlich begrenzt und unveränderlich ist. Die Höhe der Rente ergibt sich aus dem bis zur Pensionierung angesparten Altersguthaben und der Auszahlungsdauer. Die statistische Lebenserwartung hat mithin keinen Einfluss auf die Rentenhöhe und -dauer und ist auch kein Parameter bei der Deckungskapitalberechnung.

Während der Auszahlungsdauer öffnet die Vorsorgeeinrichtung regelmässig ein Zinsguthaben auf dem verbleibenden Deckungskapital, das sie am Auszahlungsende der rentenbeziehenden Person zusätzlich entrichtet.<sup>2</sup> Stirbt die Person während der Auszahlungsdauer, erhalten ihre Hinterlassenen einerseits

das nicht als Zeitrente ausbezahlte Kapital (Rückgewähr) und andererseits das bis dahin kumulierte Zinsguthaben. Möglich ist auch, dass der Zins gleichzeitig mit der ausbezahlten Zeitrente entrichtet wird.

Begründet wird das Modell der zeitlich begrenzten Renten häufig mit der Gleichbehandlung zwischen aktiven Versicherten und rentenbeziehenden Personen, indem beide Anspruchsgruppen zu gleichen Anteilen an der erzielten Performance partizipieren sollen. Weiter sollen die rentenbeziehenden Personen die Möglichkeit erhalten, das noch nicht ausbezahlte Kapital von der professionellen Vermögensverwaltung der Pensionskasse verwalten zu lassen.

### Altersleistungen in der beruflichen Vorsorge

Die berufliche Vorsorge sieht vor, dass der Anspruch auf Altersleistungen grundsätzlich mit Vollendung des 64. beziehungsweise 65. Altersjahrs entsteht. Reglementarisch kann vorgesehen werden, dass das Rentenalter vorgezogen oder hinausgeschoben werden kann und der Leistungsanspruch mit der Beendigung der Erwerbstätigkeit startet.<sup>3</sup>

Die obligatorische Altersleistung ist zwingend als lebenslängliche Rente anzubieten und erfolgt grundsätzlich als solche. Die versicherte Person kann sich einen Viertel des für die Berechnung der obligatorischen Altersleistung dienenden Altersguthabens einmalig in Kapitalform ausrichten lassen.<sup>4</sup> Im rein überobligatorischen Bereich kann die Kapitalleistung als einzige Auszahlungsform vorgesehen werden.

**Tristan Imhof**  
lic. iur., Rechtsanwalt,  
Leiter Recht, BVG- und  
Stiftungsaufsicht  
des Kantons Zürich



**Barbara Koch Houji**  
dipl. Ing. ETH, eidg. dipl.  
Pensionsversicherungsexpertin,  
Aufsichtsverantwortliche,  
BVG- und Stiftungsaufsicht  
des Kantons Zürich



<sup>1</sup> Die zeitliche Begrenzung von Invaliden- und Hinterlassenenrenten ist weniger kritisch und wird vorliegend nicht thematisiert. Die Altersleistung in Form einer AHV-Überbrückungsrente, die ein Spezialfall einer Alterszeitrente mit oder ohne Rückgewähr darstellt, ist weiterhin zulässig und wird vorliegend ebenfalls nicht behandelt.

<sup>2</sup> In der Regel handelt es sich um einen positiven Zins. Denkbar ist auch die Anrechnung von negativen Zinsen und ein Einbezug bei Sanierungsmassnahmen.

<sup>3</sup> Art. 13 BVG und Art. 62a BW 2.

<sup>4</sup> Art. 14 Abs. 1 BVG und Art. 37 BVG.

Bei der Teilpensionierung tritt bei jedem Schritt ein eigenständiger Vorsorgefall ein, der einen Leistungsanspruch auslöst. Sie ist nach geltendem Vorsorge-recht nicht ausdrücklich vorgesehen, wird aber nach der Steuerpraxis zugelassen, falls eine massgebliche dauerhafte Reduktion des Beschäftigungsgrads sowie des Lohns vorliegen, der Bezug der Altersleistung der Reduktion des Beschäftigungsgrads entspricht und eine entsprechende reglementarische Grundlage besteht. Eine Teilpensionierung, die hingegen lediglich einem ratenweisen Kapitalbezug dient, wird aus steuerlicher Sicht als nicht zulässig betrachtet, wobei bis zu zwei Kapitalbezüge noch als unbedenklich gelten.<sup>5</sup>

### Obligatorisches Langleberisiko

Damit eine Rente im Sinne der beruflichen Vorsorge vorliegt, muss mindestens ein biometrisches Risiko (Todesfall-, Invaliditäts- oder Langleberisiko) abgedeckt sein.

Das biometrische Risiko einer kapitalgedeckten Altersrente liegt darin, dass die Rente lebenslänglich ausbezahlt wird. Damit ist die Auszahlungsdauer ungewiss, weshalb die Rentenhöhe zum Zeitpunkt der Pensionierung auf Basis der statistischen Lebenserwartung bestimmt werden muss. Die Vorsorgeeinrichtung versichert das Risiko, dass die Rente länger ausbezahlt werden muss, als es der statistischen Lebenserwartung entspricht (Langleberisiko). Bezieht eine versicherte Person demgegenüber ihre Altersleistung in Kapitalform, übernimmt sie dieses Langleberisiko selbst.

Bei einer Zeitrente ist bereits zum Pensionierungszeitpunkt bekannt, über welchen Zeitraum die versicherte Person beziehungsweise ihre Hinterbliebenen die Leistung erhalten werden. Die Vorsorgeeinrichtung versichert demnach kein Langleberisiko, weshalb es sich bei dieser Zeitrente grundsätzlich – und entgegen ihrer Benennung – nicht um eine Rente, sondern um eine Kapitalleistung handelt, die gestaffelt ausbezahlt wird.

Gelingt es der Vorsorgeeinrichtung beziehungsweise ihrem Pensionsversicherungsexperten nicht, nachzuweisen, dass sie durch Gewährung der Zeitrente

ein biometrisches Risiko versichert, wird das Zeitrentenmodell durch die Aufsichtsbehörde beanstandet. Dabei wird die Auffassung, wonach eine überobligatorische Zeitrente zusammen mit dem Langleberisiko der Rente aus dem Obligatorium zu betrachten sei, von den Aufsichtsbehörden abgelehnt.

### Übernahme des Zins- und Sanierungsrisikos

Sichert die Vorsorgeeinrichtung den rentenbeziehenden Personen beziehungsweise deren Hinterbliebenen die Ausrichtung von Zinsen zu, übernimmt sie dadurch eine Nominalwertgarantie auf dem noch nicht als Zeitrente ausbezahlten Kapital. Ebenfalls trägt die Vorsorgeeinrichtung das Sanierungsrisiko für die einbehaltenen Mittel, ohne dass die Bezüger der Zeitrente zur Sanierung herbeigezogen werden könnten.

Wird aber ausschliesslich das Zins- und Sanierungsrisiko, nicht hingegen ein biometrisches Risiko versichert, handelt es sich bei der Leistung nicht um eine Altersrente, sondern um eine Auszahlung von Alterskapital in mehreren Raten.

### Besteuerung der Zeitrente

Die Unterscheidung, ob eine Altersleistung als Rente oder in Kapitalform entrichtet wird, ist für die versicherten Personen insbesondere auch aus steuerlicher Perspektive relevant.

Vorsorgeleistungen sind in vollem Umfang als Einkommen steuerbar.<sup>6</sup> Dabei wird die Alterskapitalleistung mit dem Eintritt des Vorsorgefalls, das heisst mit der altersbedingten Aufgabe der Erwerbstätigkeit, fällig und steuerbar. Sie wird mittels einer separaten Jahressteuer getrennt vom übrigen Einkommen erfasst und unterliegt in der Regel einem privilegierten Steuersatz,<sup>7</sup> mit dem Ziel, die Steuerprogression zu brechen.<sup>8</sup> Anders ist es beim Rentenbezug, bei dem die Fälligkeit der einzelnen Rente einerseits erst im betreffenden Auszahlungsmonat eintritt und besteuert wird,<sup>9</sup> andererseits aber ohne steuerliche Privilegierung zu

den übrigen Einkommenselementen der steuerpflichtigen Person hinzugerechnet wird.

Bei der Zeitrente handelt es sich nicht nur vorsorge-, sondern auch steuerrechtlich um eine ratenweise Auszahlung einer Kapitalleistung<sup>10</sup> und mithin um eine reine Zahlungsmodalität. Der Leistungsanspruch wird also zum Pensionierungszeitpunkt fällig und ein anschliessender Bezug in mehreren Raten wird aus steuerrechtlicher Sicht ignoriert.<sup>11</sup>

### Steuerfolge für Vorsorgeeinrichtung

Vorsorgeeinrichtungen sind steuerbefreit, soweit ihre Einkünfte und Vermögenswerte ausschliesslich der beruflichen Vorsorge dienen (Art. 80 Abs. 2 BVG).

Nicht unter dem Begriff der beruflichen Vorsorge und damit auch nicht unter die Steuerbefreiungsbestimmungen von Art. 80 ff. BVG fallen demgegenüber Vorsorgeformen, die nicht in einem engen Zusammenhang mit dem Vorsorgefall stehen<sup>12</sup> oder die nach dem Eintritt des Vorsorgefalls betrieben werden. Fällig gewordene Vorsorgeleistungen können daher nicht mit Anspruch auf Steuerbefreiung bei der Vorsorgeeinrichtung stehen gelassen werden. Bei einem solchen Aufschub handelt es sich um eine unzulässige individuelle Vermögensanlage bei der Vorsorgeeinrichtung, die vom Stiftungszweck nicht umfasst ist.<sup>13</sup> Die Vorsorgeeinrichtung riskiert mithin eine Aberkennung ihrer Steuerbefreiung durch die Steuerbehörde. |

<sup>10</sup> BGE vom 26. Mai 2000, 2P.43/2000 E.2.f.

<sup>11</sup> Schneider/Merlino/Mange, a.a.O. Art. 84 BVG, N 15.

<sup>12</sup> Schweizerische Steuerkonferenz, Vorsorge und Steuern, Anwendungsfall A.1.3.3.

<sup>13</sup> Schweizerische Steuerkonferenz, Vorsorge und Steuern, Anwendungsfall A.1.3.8.; BGE vom 26. Mai 2000, 2P.43/2000 E.2.e.; Maute/Steiner/Rufer: Steuern und Versicherungen, 2. Aufl., S. 160 f.).

<sup>5</sup> Schweizerische Steuerkonferenz, Vorsorge und Steuern, Anwendungsfall A.1.3.8.

<sup>6</sup> Art. 83 Abs. 1 BVG.

<sup>7</sup> Vgl. Art. 38 Abs. 2 DBG und Art. 11 StHG.

<sup>8</sup> Vgl. Schneider/Merlino/Mange, in: KoSS – Schneider/Geiser/Gächter, Art. 83 BVG, N 21.

<sup>9</sup> BGE vom 26. Mai 2000, 2P.43/2000 E.2.f.

## Pratique des autorités de surveillance

# Rente temporaire avec restitution

Les autorités de surveillance directes ont élaboré une pratique concernant différentes questions relatives à la rente temporaire, en concertation avec la Commission de haute surveillance et la Conférence suisse des impôts. État des lieux.

---

## EN BREF

Les rentes de la prévoyance professionnelle doivent couvrir un risque biométrique. Une rente de vieillesse versée de manière limitée dans le temps sans risque de longévité est interdite.

---

En relation avec l'examen du règlement, les autorités de surveillance sont occasionnellement confrontées à la question de savoir si une rente de vieillesse de la prévoyance professionnelle peut être versée temporairement ou dans quelles conditions le versement échelonné d'une prestation de vieillesse est autorisé.<sup>1</sup>

### Modèle de la rente temporaire

Par rente temporaire, on entend ci-après le versement de la prestation de vieillesse sous forme de rente, dont la durée de versement à partir de la date du départ à la retraite n'est pas viagère, mais limitée dans le temps et non modifiable. Le montant de la rente ressort de l'avoir de vieillesse épargné jusqu'à la retraite et de la durée du versement. L'espérance de vie statistique n'a donc aucune influence sur le montant et la durée de la rente et ne constitue pas non plus un paramètre lors du calcul de la réserve mathématique.

Pendant la durée du versement, l'imputation de prévoyance accumule régulièrement un avoir d'intérêts sur la réserve mathématique restante, qu'elle transfère en sus au bénéficiaire de rente à la fin du versement.<sup>2</sup> Si la personne décède pendant la durée du versement, ses

survivants reçoivent d'une part le capital non versé sous forme de rente temporaire (restitution) et d'autre part l'avoir d'intérêts cumulé à cette date. Il est également possible que les intérêts soient versés en même temps que la rente temporaire payée.

Le modèle des rentes limitées dans le temps est souvent justifié par l'égalité de traitement entre les assurés actifs et les bénéficiaires de rentes, les deux groupes d'intérêts devant participer à parts égales à la performance réalisée. Les bénéficiaires de rentes doivent en outre avoir la possibilité de laisser à la gestion de fortune professionnelle de la caisse de pension le soin de gérer le capital non encore versé.

### Prestations de vieillesse dans la prévoyance professionnelle

La prévoyance professionnelle prévoit que le droit aux prestations de vieillesse naît en principe à l'âge de 64 ou de 65 ans révolus. Le règlement peut prévoir que l'âge de la retraite puisse être avancé ou retardé et que le droit aux prestations débute avec la cessation de l'activité lucrative.<sup>3</sup>

La prestation de vieillesse obligatoire doit obligatoirement être proposée sous forme de rente viagère et est en principe versée en tant que telle. La personne assurée peut demander le versement unique sous forme de capital d'un quart de l'avoir de vieillesse utilisé pour le calcul de la prestation de vieillesse obligatoire.<sup>4</sup> Dans le domaine purement surobligatoire, la prestation en capital peut être prévue comme unique forme du versement.

---

<sup>1</sup> La limitation temporelle des rentes d'invalidité et de survivants est moins critique et n'est pas évoquée dans le cas présent. La prestation de vieillesse sous la forme d'une rente transitoire AVS qui représente un cas particulier d'une rente temporaire de vieillesse avec ou sans restitution est toujours autorisée et n'est pas non plus traitée dans le cas présent.

<sup>2</sup> Il s'agit généralement d'un intérêt positif. L'imputation d'intérêts négatifs et une prise en compte dans les mesures d'assainissement sont également envisageables.

<sup>3</sup> Art. 13 LPP et art. 62a OPP 2.

<sup>4</sup> Art. 14 al. 1 LPP et art. 37 LPP.

En cas de retraite partielle, un cas de prévoyance autonome se produit à chaque étape et déclenche un droit aux prestations. Selon le droit de la prévoyance en vigueur, elle n'est pas expressément prévue, mais est admise selon la pratique fiscale, s'il y a une réduction durable déterminante du taux d'occupation et du salaire, que le versement de la prestation de vieillesse correspond à la réduction du taux d'occupation et qu'il existe une base réglementaire correspondante. Une retraite partielle qui ne sert en revanche qu'à un versement de capital échelonné n'est pas jugée recevable d'un point de vue fiscal, deux versements de capital au plus ne prêtant pas encore à conséquence.<sup>5</sup>

### Risque de longévité obligatoire

Pour qu'il y ait une rente dans le sens de la prévoyance professionnelle, un risque biométrique (risque de décès, d'invalidité ou de longévité) doit au moins être couvert.

Le risque biométrique d'une rente de vieillesse par capitalisation réside dans le fait que la rente est versée à vie. La durée de versement est donc incertaine, raison pour laquelle le montant de la rente doit être déterminé à la date du départ à la retraite sur la base de l'espérance de vie statistique. L'institution de prévoyance assure le risque que la rente doive être versée plus longtemps que ne le prévoit l'espérance de vie statistique (risque de longévité). Si une personne assurée touche en revanche sa prestation de vieillesse sous forme de capital, elle assume elle-même ce risque de longévité.

Dans le cas d'une rente temporaire, on connaît dès la date du départ à la retraite la période durant laquelle la personne assurée ou ses survivants vont percevoir la prestation. L'institution de prévoyance n'assure donc pas un risque de longévité, raison pour laquelle cette rente temporaire ne constitue donc pas une rente, contrairement à son nom, mais une prestation en capital versée de manière échelonnée.

Si l'institution de prévoyance ou son expert en matière de prévoyance professionnelle ne parviennent pas à démontrer que l'octroi de la rente temporaire

assure un risque biométrique, le modèle de la rente temporaire est contesté par l'autorité de surveillance. Les autorités de surveillance refusent l'idée selon laquelle une rente temporaire surobligatoire doit être considérée conjointement avec le risque de longévité de la rente du régime obligatoire.

### Prise en charge du risque de taux et d'assainissement

Si l'institution de prévoyance garantit aux bénéficiaires de rente ou à leurs survivants le versement d'intérêts, elle assume ainsi une garantie de la valeur nominale du capital qui n'a pas encore été versé sous forme de rente temporaire. L'institution de prévoyance supporte également le risque d'assainissement pour les fonds retenus, sans que les bénéficiaires de la rente temporaire puissent être sollicités pour l'assainissement.

Si seul le risque de taux et d'assainissement est assuré et non le risque biométrique, la prestation ne constitue pas une rente de vieillesse, mais un versement du capital de vieillesse en plusieurs échéances.

### Imposition de la rente temporaire

La distinction entre le versement d'une prestation de vieillesse sous forme de rente ou de capital est importante pour les personnes assurées, notamment dans une perspective fiscale.

Les prestations de prévoyance sont entièrement imposables en tant que revenu.<sup>6</sup> La prestation du capital de vieillesse est due et imposable avec la survenance du cas de prévoyance, c'est-à-dire avec l'abandon de l'activité lucrative lié à l'âge. Elle est enregistrée séparément du reste du revenu avec un impôt annuel distinct et bénéficie généralement d'un taux d'imposition<sup>7</sup> privilégié, dans le but de rompre la progression fiscale.<sup>8</sup> Il en va autrement en cas de versement d'une rente, où l'échéance de la rente n'intervient et n'est imposée qu'au cours du mois de versement correspondant,<sup>9</sup> mais est ajouté aux autres éléments de revenu de la personne imposable sans privilège fiscal.

<sup>6</sup> Art. 83, al. 1 LPP.

<sup>7</sup> Cf. art. 38 al. 2 LIFD et art. 11 LHID.

<sup>8</sup> Cf. Schneider/Merlino/Mange, in: KoSS – Schneider/Geiser/Gächter, Art. 83 BVG, N 21.

<sup>9</sup> ATF du 26 mai 2000, 2P.43/2000 consid. 2.f.

La rente temporaire correspond au versement échelonné d'une prestation en capital<sup>10</sup> et donc à une modalité de paiement pure, selon le droit de la prévoyance mais aussi selon le droit fiscal. Le droit aux prestations est donc effectif à la date du départ à la retraite et un versement consécutif en plusieurs échéances est ignoré dans une perspective fiscale.<sup>11</sup>

### Conséquence fiscale pour l'institution de prévoyance

Les institutions de prévoyance sont exonérées d'impôts dans la mesure où leurs revenus et leurs éléments de fortune sont exclusivement affectés à des fins de prévoyance professionnelle (art. 80 al. 2 LPP).

Les formes de prévoyance qui ne présentent pas un lien étroit avec le cas de prévoyance<sup>12</sup> ou qui sont mises en œuvre après la survenance du cas de prévoyance ne relèvent en revanche pas de la notion de prévoyance professionnelle et donc des dispositions en matière d'exonération d'impôts des art. 80 ss LPP. Les prestations de prévoyance échues ne peuvent donc pas être maintenues dans l'institution de prévoyance en invoquant le droit à l'exonération d'impôts. Un tel report constitue un placement individuel interdit auprès de l'institution de prévoyance, qui n'est pas couvert par le but de la fondation.<sup>13</sup> L'institution de prévoyance risque donc d'être privée de son exonération d'impôts par l'autorité fiscale. |

Tristan Imhof  
Barbara Koch Houji

<sup>10</sup> ATF du 26 mai 2000, 2P.43/2000 consid. 2.f.

<sup>11</sup> Schneider/Merlino/Mange, op. cit. Art. 84 BVG, N 15.

<sup>12</sup> Conférence suisse des impôts, Prévoyance et impôts, cas d'application A.1.3.3.

<sup>13</sup> Conférence suisse des impôts, Prévoyance et impôts, cas d'application A.1.3.8.; ATF du 26 mai 2000, 2P.43/2000 consid. 2.e; Maute/Steiner/Rufer: Steuern und Versicherungen, 2<sup>e</sup> éd., p. 160 s.).